

eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln, Köln

Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Rahmenbedingungen

Geschäftsverlauf

Das Veranstaltungszentrum nimmt - mit Ausnahme der Vermietung bzw. Verpachtung der betriebsnotwendigen Immobilien an die Betriebsgesellschaften - keine eigenen geschäftlichen Tätigkeiten wahr. Seine wirtschaftliche Situation im Geschäftsjahr 2008 wird - wie auch in den Vorjahren - im Wesentlichen durch die Ergebnisse, die sich aus dem Betrieb der Objekte Gürzenich, Tanzbrunnen und Philharmonie durch die jeweiligen Betriebsgesellschaften ergeben, bestimmt. Die im Wege der Verpachtung an die Betriebsgesellschaften KölnMusik GmbH und KölnKongress GmbH sowie aus der Bestellung der Erbbaurechte an die Koelnmesse GmbH erzielten Umsatzerlöse reichten nicht aus, um die aus der Sanierung des Gürzenich und der Renovierung des Tanzbrunnens resultierenden Zins- und Abschreibungs- sowie die laufenden Instandsetzungsaufwendungen zu kompensieren. Da auch aus der Weitervermietung der von der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15 bis 18 GbR angemieteten Nordhallen an die Koelnmesse GmbH nur geringe zusätzliche Kostendeckungsbeiträge erzielt wurden, ist die wirtschaftliche Situation des Veranstaltungszentrums gegenüber den Vorjahren unverändert.

Durch die Erträge aus der gemeinsam mit der Koelnmesse GmbH durchgeführten US-Lease-Transaktion konnte letztmalig im Jahre 2002 ein positives Jahresergebnis erzielt werden. Trotz eines Zuschusses aus dem städtischen Haushalt in Höhe von 2,5 Mio. Euro hat die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln mangels weiterer nachhaltiger Erträge in 2008 einen Verlust in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4,5 Mio. Euro) erwirtschaftet, der gegen das Eigenkapital verrechnet werden soll. Dies führt für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln zu einer weiteren Verschlechterung der Liquiditäts- und Finanzlage, die durch die in den kommenden Jahren vorgesehenen Zuschüsse zwar gemildert, nicht aber kompensiert werden kann.

Die **Koelnmesse GmbH** schloss das Geschäftsjahr 2008 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 11.313 Tsd. Euro ab (Vorjahr: -2.715 Tsd. Euro). Unter Berücksichtigung einer Entnahme aus der Kapitalrücklage von 9.000 Tsd. Euro und des bestehenden Verlustvortrages aus Vorjahren von 9.044 Tsd. Euro beläuft sich der Bilanzverlust des Geschäftsjahres 2008 der Koelnmesse GmbH auf 11.357 Tsd. Euro. Auch dieser Verlust wurde wieder auf neue Rechnung vorgetragen. Der Umsatz hat sich mit 135,3 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr (143,2 Mio. Euro) weiter verringert. Ursächlich für den Rückgang ist das turnusmäßig schwache Veranstaltungsjahr. Für die vorzeitige Rückgabe der Erbbaurechte an den Messehallen im Bereich MesseCitySüd erzielte die Koelnmesse GmbH Erlöse in Höhe von 16.000 Tsd. Euro. Aus Gewinnabführungsverträgen verminderten sich die Erträge gegenüber 2007 von 11.063 Tsd. Euro auf 7.945 Tsd. Euro.

Die Betriebsgesellschaft **KölnMusik GmbH** erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2008 bei Erträgen von insgesamt 8.963 Tsd. Euro und einem Gesamtaufwand von 12.913 Tsd. Euro einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.950 Tsd. Euro (Vorjahr: 4.052 Tsd. Euro), so dass der im Wirtschaftsplan 2008 veranschlagte Jahresfehlbetrag von 4.740 Tsd. Euro um 790 Tsd. Euro oder 16,7% unterschritten wurde.

Diese Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus einer Zunahme des Rohertrages um 295 Tsd. Euro auf 2.969 Tsd. Euro infolge von Umsatzsteigerungen bei gleichzeitig gesunkenen Aufwendungen für bezogene Leistungen. Trotz Steigerungen im Bereich der Personal- und Vertriebsaufwendungen konnte damit ein um 68 Tsd. Euro verbessertes Betriebsergebnis erzielt werden. Unter Berücksichtigung des positiven Finanzergebnisses in Höhe von 225 Tsd. Euro und des ebenfalls positiven neutralen Ergebnisses von 155 Tsd. Euro ergibt sich der Jahresfehlbetrag 2008 von 3.950 Tsd. Euro.

Entsprechend der vom Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 13.02.2007 beschlossenen Betriebskostenzuschüsse an die KölnMusik GmbH für den Zeitraum 2007 bis 2010 hat die Stadt Köln unterjährig den für das Jahr 2008 festgesetzten Zuschuss in Höhe von 4.789 Tsd. Euro in vierteljährlichen Raten an die KölnMusik GmbH gezahlt. Hieraus resultiert eine Überzahlung in Höhe von 839 Tsd. Euro. Da der geringere Fehlbetrag aus höheren Erträgen durch eingeworbene Sponsorengelder und höhere Vermietungserlöse von der Gesellschaft zusätzlich erwirtschaftet wurde, erfolgte - angesichts der schlechten Prognosen für die folgenden Jahre - keine Rückzahlung des übersteigenden Betrages an die Stadt, sondern verblieb zur Eigenkapitalstärkung bei der Gesellschaft.

Die KölnMusik GmbH hat die unterjährigen Zahlungen vorerst in voller Höhe in die Kapitalrücklage eingestellt und den gesamten Verlust 2008 durch eine entsprechende Entnahme ausgeglichen. Durch die Einzahlung der Stadt von 4.789 Tsd. Euro und die anschließende Entnahme zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages 2008 in Höhe von 3.950 Tsd. Euro erhöhte sich die Kapitalrücklage der Gesellschaft von 2.022 Tsd. Euro im Vorjahr auf nunmehr 2.861 Tsd. Euro.

Wie bereits in den Vorjahren wurden jedoch die Mittel für den Zuschuss, wie oben ausgeführt, aus dem allgemeinen städtischen Haushalt bereitgestellt und über das Veranstaltungszentrum an die Gesellschaft weitergeleitet, wodurch sich für das Veranstaltungszentrum keine wirtschaftliche und finanzielle Belastung ergab.

Bei der **KölnKongress GmbH**, mit der ein steuerliches Organschaftsverhältnis besteht, ergab sich im Geschäftsjahr 2008 mit einem Jahresüberschuss von 59 Tsd. Euro ein Ergebnis, das bezogen auf den im Wirtschaftsplan 2008 der Gesellschaft (Stand: Fortschreibung Mai 2008) veranschlagten Planverlust von 873 Tsd. Euro um 932 Tsd. Euro günstiger ausfiel.

Der im Vergleich zum Vorjahresüberschuss von 260 Tsd. Euro um 201 Tsd. Euro geringere Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung ist im Wesentlichen auf die um 516 Tsd. Euro gesunkenen Umsatzerlöse zurückzuführen. Hier reduzierten sich die Erlöse durch den Wegfall des Sondereffektes des Evangelischen Kirchentages in 2007 um 370 Tsd. Euro. Darüber hinaus wurden von den Veranstaltern weniger Nebenleistungen nachgefragt, was zu einem Erlösausfall in Höhe von 470 Tsd. Euro führte. Demgegenüber konnten die Mieterlöse um 393 Tsd. Euro gesteigert werden. Die Pachterlöse aus der Gastronomie bewegten sich ungefähr auf Vorjahresniveau.

Dem Anstieg der Umsatzerlöse stehen unterproportionale Einsparungen - insbesondere bedingt durch die um 242 Tsd. Euro gestiegenen Raum- und Geländekosten - bei den veranstaltungsbezogenen Aufwendungen gegenüber. Dementsprechend reduzierte sich der Rohertrag um 403 Tsd. Euro auf 3.301 Tsd. Euro.

Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 63 Tsd. Euro verbesserten, und der betrieblichen Aufwendungen, die um 89 Tsd. Euro reduziert werden konnten, ergibt sich ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 34 Tsd. Euro (Vj.: 285 Tsd. Euro). Abgesehen von geringfügigen Steigerungen bei den Be-

triebsaufwendungen und den ertragsunabhängigen Steuern konnten bei allen anderen betrieblichen Aufwandspositionen Einsparungen erzielt werden.

Bei Zinserträgen von 22 Tsd. Euro und Zinsaufwendungen in Höhe von 5 Tsd. Euro ergibt sich ein positives Zinsergebnis von 17 Tsd. Euro. Das periodenfremde Ergebnis verbesserte sich um 48 Tsd. Euro auf 8 Tsd. Euro, was auf den Wegfall der im Vorjahressaldo enthaltenen Nachbelastung von Pachtzahlungen aus Vorjahren zurückzuführen ist.

Von dem Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 59 Tsd. Euro wurden zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Gesellschaft 29 Tsd. Euro in die freie Gewinnrücklage eingestellt. Der Restbetrag in Höhe von 30 Tsd. Euro wurde im Rahmen des bestehenden Organschaftsverhältnisses an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln abgeführt.

An dem Jahresergebnis waren die unterschiedlichen Sparten der KölnKongress GmbH wie folgt beteiligt:

	Summe Tsd. Euro	Tanz- brunnen Tsd. Euro	Congress Centrum Tsd. Euro	Gürzenich Tsd. Euro	Flora Tsd. Euro	Sonstige Objekte Tsd. Euro
Umsatzerlöse	11.435	2.698	6.176	1.909	600	52
Materialaufwand	-8.134	-2.206	-3.539	-1.778	-575	-36
Rohertrag	3.301	492	2.637	131	25	16
sonst. betr. Erträge	248	100	24	121	3	0
Personalaufwand	-2.334	-511	-1.092	-442	-279	-10
Abschreibungen	-235	-83	-21	-52	-79	0
sonst. betr. Aufwand	-921	-291	-359	-165	-98	-8
Zinserträge	22	4	11	4	2	0
Zinsaufwand	-5	-5	0	0	0	0
Sonstige Steuern	-17	-1	-1	-15	0	0
Ergebnis (vor Gewinnabführung).	59	- 295	1.199	- 418	- 426	-2

Die Stadt Köln hat der KölnKongress GmbH in 2006 nach der Insolvenz des bisherigen Betreibers zunächst den Interimsbetrieb der Flora Köln übertragen. Von April 2006 bis Oktober 2006 wurden in diesem Rahmen nur beim vorherigen Betreiber gebuchte Veranstaltungen abgewickelt. Die aus dem Interimsbetrieb resultierenden, nicht durch Einnahmen gedeckten Kosten von 173 Tsd. Euro sind der Gesellschaft von der Stadt Köln erstattet worden. Seit November 2006 führte die KölnKongress GmbH die Einrichtung auf der Grundlage des mit dem Veranstaltungszentrum abgeschlossenen Mietvertrages in eigenem Namen, so dass auch mit der Vermarktung von neuen Veranstaltungen begonnen werden konnte. Bedingt durch den baulichen Zustand der Einrichtung konnten aber durch die KölnKongress GmbH von den Nutzern keine kostendeckenden Mietpreise verlangt werden.

Ab dem 01.05.2009 wurde der Betrieb der Flora-Gaststätte durch die KölnKongress GmbH im Hinblick auf den für Ende des Jahres vorgesehenen Beginn der Sanierungsarbeiten eingestellt. Da jedoch die Ergebnisse von 2 Generalunternehmerausschreibungen weit über dem vom Rat der Stadt Köln für die Renovierung der Flora vorgegebenen Kostenrahmen von maximal 21,9 Mio. Euro (inklusive MWSt. und modifizierter Nebenkosten) lagen, hat der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 07.10.2010 einer gewerkweisen Durchführung der Ausschreibung zur Generalinstandsetzung und dem Teilneubau der Flora zugestimmt und das Gesamtbudget auf maximal 27,0 Mio. Euro erhöht. Mit Beschluss vom 14.07.2011 hat der Rat der Stadt Köln zur Kenntnis genommen, dass die Ausschreibungen einzelner Gewerke, bei denen sich Kostenüberschreitungen ergeben hatten, aufgehoben und mit dem Ziel, den vorgegebenen Kostenrahmen zumindest annähernd zu erreichen, neu durchgeführt wurden.

Um den Baubeginn in 2011 nicht zu gefährden, wurde ferner den Ausschreibungen mit wirtschaftlichem Ergebnis die Freigabe erteilt. Über die weitere Kostenentwicklung soll dem Betriebsausschuss fortlaufend berichtet werden. Mit dem Bau wurde im September 2011 begonnen. Bis zum Abschluss der Baumaßnahme – voraussichtlich im Dezember 2013 – ruht der Betrieb der Flora weiterhin.

B. Erläuterungen zur Ertrags- und Vermögenslage

Ertragslage

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln hat das Geschäftsjahr 2008 mit einem Verlust von 3.017.476,41 Euro (Vorjahr: 4.535.030,08 Euro) abgeschlossen. Den Aufwendungen von 34.042.396,94 Euro standen dabei lediglich Erträge von 31.024.920,53 Euro gegenüber. Die Erträge setzen sich in der Hauptsache zusammen aus Umsatzerlösen (Mieten, Pachten) von 22.151 Tsd. Euro und sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebskostenzuschüsse der Stadt Köln für KölnMusik GmbH und Veranstaltungszentrum sowie Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Landeszuschüsse für die Sanierung des Gürzenichs und periodenfremde Erträge aus Betriebskostenabrechnungen) von 8.805 Tsd. Euro, denen im Wesentlichen auf der Aufwandseite Abschreibungen auf Sachanlagen von 2.371 Tsd. Euro, Zinsen in Höhe von 3.998 Tsd. Euro, Abschreibungen auf Finanzanlagen (Beteiligung an der KölnMusik GmbH) von 3.320 Tsd. Euro sowie Aufwendungen für bezogene Leistungen (Mietzahlungen für die Nordhallen) von 21.638 Tsd. Euro gegenüberstanden.

Da der Jahresverlust 2008 des Veranstaltungszentrums vorerst nicht aus städtischen Haushaltsmitteln ausgeglichen wird, ist dieser wieder auf neue Rechnung vorzutragen. Unter Berücksichtigung der Verlustvorträge aus Vorjahren von 35.255.879,80 Euro ergibt sich damit zum Bilanzstichtag 31.12.2008 ein kumulierter Gesamtverlust von 38.273.356,21 Euro.

Grundsätzlich ist der Vortrag eines Jahresverlustes auf neue Rechnung nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) zulässig. Jedoch bestimmt § 10 Absatz 6 Satz 3 der EigVO NRW, dass ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden soll, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt. Ansonsten ist der Verlust aus Haushaltsmitteln auszugleichen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde entsprechend dieser Vorschrift auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008 ein durch Gewinnvorträge aus Vorjahren bzw. Gewinnen aus Folgejahren oder durch Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt nicht abgedeckter Verlust aus dem Jahre 2001 von rd. 859 Tsd. Euro durch Auflösung der Kapitalrücklage ausgeglichen. Der nächste aufgrund der Bestimmungen der EigVO vorzusehende Verlustausgleich ist für den Jahresverlust aus dem Jahre 2003 in Höhe von rd. 10,2 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2009 vorzunehmen.

Das Eigenkapital des Veranstaltungszentrums beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2008 198.088.864,52 Euro, wobei 21.000.000,00 Euro auf das Stammkapital und 215.362.220,73 Euro auf die Kapitalrücklage des Veranstaltungszentrums entfallen, denen zum Bilanzstichtag 2008 die oben erwähnten kumulierten Verluste in Höhe von 38.273.356,21 Euro gegenüberstehen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 28.328 Tsd. Euro auf 337.929 Tsd. Euro.

Bestimmend für den Zuwachs auf der Aktivseite war die Zunahme der Finanzanlagen aufgrund einer Einzahlung seitens des Gesellschafters Stadt Köln, Veranstaltungszentrum Köln in Höhe von 22,7 Mio. Euro in die Kapitalrücklage der Koelnmesse GmbH zur Stärkung des Eigenkapitals und der Finanzkraft der Gesellschaft (siehe Ratsbeschluss vom 18.12.2008). Die Finanzierung der Eigenkapitalzuführung nahm die eigenbetriebsähnliche Einrichtung in Form einer Kreditaufnahme vor, so dass sich auf der Passivseite der Bilanz die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in gleicher Weise erhöhten.

Darüber hinaus führte der vom Rat der Stadt Köln am 18.12.2008 beschlossene Rückerwerb der Erbbaurechte der Koelnmesse GmbH an den Grundstücken „MesseCitySüd“ sowie die anschließende Rückübertragung der bisher im Sondervermögen des Veranstaltungszentrums gehaltenen Flächen in das allgemeine Hoheitsvermögen zu einer Forderung des Veranstaltungszentrums gegen die Stadt von 16,6 Mio. Euro. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde durch die Stadt Köln der Betrag für die Entschädigung der Erbbaurechtsübertragung durch eine Einlage in die Kapitalrücklage des Veranstaltungszentrums zur Verfügung gestellt. Der Forderung des Veranstaltungszentrums gegen die Stadt steht auf der Passivseite eine entsprechende Verbindlichkeit gegenüber der Koelnmesse GmbH für die vorzeitige Rückgabe der Erbbaurechte gegenüber.

Aus der Rückübertragung der Erbbaurechte und der anschließenden Übertragung der Grundstücke auf die Stadt resultiert im Saldo eine Abnahme des Sachanlagevermögens um rd. 2,3 Mio. Euro. Auf der Passivseite minderte sich in gleicher Höhe die Kapitalrücklage. Daneben verringerte sich das Sachanlagevermögen infolge planmäßiger Abschreibungen um rd. 2,4 Mio. Euro auf 79,0 Mio. Euro. Gegenläufig wirkten dabei Zugänge in Höhe von 1,8 Mio. Euro.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital durch den Jahresverlust 2008 von rd. 3,0 Mio. Euro und die Entnahme aus der Kapitalrücklage von 2,3 Mio. Euro infolge der Grundstücksentnahme um 5,3 Mio. Euro weiter verringert. Dagegen nahm das Fremdkapital insbesondere durch den deutlichen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten insgesamt um rd. 33,9 Mio. Euro zu.

Investitionen, Zugänge Anlagevermögen

Mit der Übertragung der Flora aus dem allgemeinen städtischen Liegenschaftsvermögen in das Sondervermögen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln war der Wert des Grundstückes und der Aufbauten im Anlagevermögen des Veranstaltungszentrums auszuweisen. Hieraus resultierte in 2006 ein Zugang im Sachanlagevermögen in Höhe von 1,8 Mio. Euro. In 2008 entstanden Planungskosten für die Generalsanierung und den Teilneubau der Flora, insbesondere in Form von Ingenieur- und Architektenleistungen in Höhe von rd. 1,8 Mio. Euro. In den anderen Betriebsteilen wurden 2008 keine nennenswerten Investitionen getätigt.

Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Mit der Einbringung der Flora in das Vermögen des Veranstaltungszentrums hat der Rat auch die Generalsanierung dieses Objektes sowie dessen Finanzierung durch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung beschlossen. Mit Beschluss des Rates vom 07.10.2010 wurde für die Generalsanierung Flora das Gesamtbudget auf maximal 27 Mio. Euro einschließlich MwSt. limitiert, wobei der Rat mit Beschluss vom 14.07.2011 zur Kenntnis genommen hat, dass sich bei den Ausschreibungen einzelner Gewerke Kostenüberschreitungen ergeben

haben. Diese Ausschreibungen wurden aufgehoben und werden derzeit neu durchgeführt. Die Finanzierung der Maßnahme muss in Anbetracht der finanziellen Situation des Veranstaltungszentrums kreditweise erfolgen. Der hieraus resultierende Schuldendienst der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung muss zusätzlich aus Mitteln des städtischen Haushaltes erstattet werden. Negative Cash-Flows aus laufender Geschäfts- und Investitionstätigkeit werden durch Darlehen und Kontokorrentkredite finanziert. Entsprechend den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung müssen zukünftig Verluste nach Ablauf von fünf Jahren voraussichtlich durch den städtischen Haushalt ausgeglichen werden, was auch zu einer Verbesserung der Liquiditätslage führt.

C. Risikobericht

Das Risikomanagement-System ist als internes Kontrollsystem ausgerichtet auf die Betriebsleitung und den Finanzausschuss des Rates der Stadt Köln als Kontrollorgan. Da die eigenbetriebsähnliche Einrichtung sich als „Besitzgesellschaft“ grundsätzlich nur im Rahmen von Vermietungen und Verpachtungen der von Betriebsgesellschaften bewirtschafteten Grundstücke und Gebäude wirtschaftlich betätigt, liegen die wesentlichen Unternehmensrisiken bei den Betriebsgesellschaften, bei denen die für den Betrieb erforderlichen Felder der Risikobetrachtung im Mittelpunkt des jeweiligen Risikomanagements stehen.

Wesentliche Risiken aus dem operativen Geschäft bestehen für das Veranstaltungszentrum lediglich aus der seinerzeit zusammen mit der Koelnmesse GmbH durchgeführten US-Cross-Border-Transaktion für bestimmte Messehallen sowie aus der Weitervermietung der neuen Messehallen an die Koelnmesse GmbH. In beiden Fällen steht das Veranstaltungszentrum in ständiger enger Abstimmung mit der Geschäftsführung der Koelnmesse GmbH, damit sowohl die Geschäftsführung als auch die Betriebsleitung und der Betriebsausschuss wesentliche Risiken frühzeitig erkennen und geeignete gegensteuernde Maßnahmen einleiten können. Hinsichtlich der Auswirkungen des Urteils des EuGH vom 29.10.2009 zum Bau der Nordhallen wird auf die Ausführungen im Abschnitt Unternehmensrisiko, Buchstabe b) Übernahme der Nordhallen verwiesen.

Unternehmensrisiko

a) US Lease

Die aus der gemeinsam mit der Koelnmesse GmbH am 19. September 2002 im Zusammenhang mit der US Cross-Border Transaktion mit dem amerikanischen Investor abgeschlossenen Leasing-Gesamtvereinbarung auch für das Veranstaltungszentrum als Vertragspartner resultierenden Verpflichtungen bestehen gegenüber dem Vorjahr unverändert fort. Von besonderer Bedeutung ist hier die Verpflichtung der beiden Vertragsparteien Koelnmesse GmbH und Stadt Köln - eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum, bei Eintritt bestimmter Ereignisse (im Vertrag "Equity Collateral Trigger Event" genannt) weitere Sicherheiten stellen zu müssen. In diesem Zusammenhang sieht der Vertrag z.B. das Absinken des Ratings der Bundesrepublik unter AA bei Standard & Poor's oder Aa2 bei Moody's oder den Eintritt einer wesentlichen Vertragsverletzung als mögliches, eine Sicherheit auslösendes Ereignis vor. Im Jahre 2004 ist mit der Herabstufung der Bonität des Landes Nordrhein-Westfalen ein solches "Trigger Event" eingetreten, das den Investor berechtigt, eine Dienstbarkeit im Grundbuch eintragen zu lassen. Die Eintragung erfolgte 2008. Auswirkungen auf das Veranstaltungszentrum und den operativen Messebetrieb ergeben sich hieraus nicht.

Darüber hinaus verpflichten die abgeschlossenen Verträge die Stadt Köln, im Falle einer Insolvenz der Koelnmesse GmbH ihr in den Erbbaurechtsverträgen abgesichertes Heimfallrecht auszuüben. Weiterhin bestehen Berichtspflichten bei Änderungen und Umstrukturierungen der den Verträgen zugrundeliegenden Rahmenbedingungen. Dem Investor, dem

Trustee und den Darlehensgebern sind jährlich Pflichterfüllungsbescheinigungen nebst Anlagen (Auszug aus dem Haushaltsplan, Jahresabschluss der GmbH) vorzulegen. Für die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen in den Folgejahren wurde bereits im Jahresabschluss 2002 eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Bisher sind keine zusätzlichen Verpflichtungen oder Risiken aus der Cross-Border-Transaktion für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung entstanden und momentan auch nicht ersichtlich.

b) Übernahme der Nordhallen

Bedingt durch den Verkauf der Hallen 1,2,3 und 5 (Rheinhallen) reduzierte sich die Ausstellungsfläche der Koelnmesse GmbH um rd. 60.000 qm. Ohne die Schaffung entsprechender Ersatzflächen hätten Großmessen wie die Möbelsmesse, die Practical-World, spoga, gafa, die Anuga und die Photokina nicht mehr durchgeführt werden können. Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen für das Unternehmen - diese Messen beeinflussen durch ihre positiven Deckungsbeiträge in erheblichem Umfang das Jahresabschlussergebnis - hätte der Verlust dieser Veranstaltungen erhebliche negative Auswirkungen auf die Kölner Wirtschaft und hier insbesondere auf das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie das Handwerk.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat in seiner Sitzung am 18.12.2003 dem Bau von 4 neuen Messehallen zugestimmt, die unmittelbar an die bestehenden Osthallen angrenzen. Die Errichtung der Hallen erfolgte durch einen privaten Investor, der auch Eigentümer der entsprechenden Grundstücke ist. Hauptmieter der neuen Hallen ist die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln, die die Immobilien an die Koelnmesse GmbH untervermietet hat.

Der Vertrag mit der Laurenz Vermögens-, Anlage- und Verwaltungsgesellschaft mbH Co KG über den Verkauf der Rheinhallen wurde am 06.08.2004, zeitgleich mit dem Mietvertrag zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und dem Investor, der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15 bis 18 GbR, über die „Anmietung eines Grundstücks mit vier Messehallen (Nordareal), einem Bauwerk „Nordeingang“, einem Boulevard und Spange vor dem Parkhaus, fünf Verbindungsbauwerken zwischen den Messehallen, Parkplätzen und Außenanlagen in Köln-Deutz“ geschlossen. Am 11.08.2004 wurde darauf hin mit der Koelnmesse GmbH ein Untermietvertrag über die Anmietung der o. g. Objekte abgeschlossen. Die neuen Hallen sind termingerecht zum 01.12.2005 fertig gestellt und der Koelnmesse GmbH zur Nutzung übergeben worden. Die Mietdauer der Mietverträge beträgt 30 Jahre ab dem Mietbeginn 01.12.2005. Der monatliche von der Koelnmesse GmbH zu entrichtende Mietzins beträgt 1.730 Tsd. Euro zzgl. Nebenkosten und Mehrwertsteuer, wobei für die ersten 13 Monate - also bis einschließlich Dezember 2006 - lediglich Nebenkostenvorauszahlungen und keine Mietzahlungen zu entrichten waren. Nach den zum Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse vorliegenden Planungen wurde davon ausgegangen, dass die Finanzierung des Mietzinses durch die Koelnmesse GmbH bis zum Jahre 2012 gesichert ist. Sollte es der Koelnmesse GmbH bis 2012 nicht gelingen, mit Hilfe der neuen Infrastruktur gegenüber dem bisherigen Stand zusätzliche Einnahmen zu erzielen, so muss der Differenzbetrag von der Stadt Köln aus Mitteln des Haushaltes ausgeglichen werden. Dieses potentielle Risiko kann nicht ausgeschlossen werden. Die Stadt Köln hat der Geschäftsführung des Unternehmens gegenüber erklärt, dass sie in einem derartigen Fall im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten mit allen verfügbaren Mitteln eine Gefährdung des Unternehmens abwenden wird. Die Koelnmesse GmbH hat zur Steigerung der Erlöse und zur Reduzierung der Kosten das „Effizienzprogramm 2012+“ beschlossen, dessen Einsparvorgaben zwischenzeitlich nochmals um jährlich 10,0 Mio. Euro erhöht worden sind. Im Hinblick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise bleibt abzuwarten, ob die dort genannten Ziele erreicht werden können.

Entsprechend dem Beschluss des Hauptausschusses des Rates der Stadt Köln vom 19.04.2010 hat die Geschäftsführung der Koelnmesse GmbH nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung je ein Gutachten zur strategischen Neuausrichtung des Unternehmens und zur Kostenreduktion bzw. Effizienzsteigerung in Auftrag gegeben. Unter Berücksichtigung des von den Gutachtern erarbeiteten Restrukturierungsprogramms soll die Koelnmesse GmbH in die Lage versetzt werden, ab 2013 wieder ausgeglichene Ergebnisse zu erwirtschaften. Das zur Liquiditätssicherung vereinbarte Cashpooling muss somit nicht über den 31.12.2012 hinaus verlängert werden.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem Urteil vom 29.10.2009 entschieden, dass die Stadt Köln beim Bau der neuen Messehallen (Nordhallen) gegen Europarecht verstoßen hat. Der Vertrag über die Errichtung von vier neuen Messehallen hätte nach Auffassung des EuGH europaweit ausgeschrieben werden müssen. Das Gericht sah das Argument der Stadt Köln und der Bundesregierung, es handele sich nicht um einen Bau-, sondern um einen Mietvertrag, als nicht stichhaltig an, da vorrangiges Ziel des Vertrages die Errichtung der Messehallen gewesen sei. Die Vertreter der EU-Kommission haben erklärt, dass eine Änderung der bestehenden Situation zwingend erforderlich ist. Da die Verhandlungen mit dem Investor nicht den erhofften Erfolg hatten, ist seitens der Stadt Köln die Einrede der Nichtigkeit des bestehenden Vertrages wegen eines Verstoßes gegen das europäische Beihilferecht, hilfsweise die außerordentliche Kündigung zum 01.08.2010 ausgesprochen worden. Seit diesem Zeitpunkt erfolgen keine Mietzahlungen. Im Hinblick auf die aus seiner Sicht bestehenden Mietrückstände hat der Investor den Vertrag zum 01.10.2010 gekündigt. Stadt Köln und die Koelnmesse GmbH vertreten die Auffassung, dass sowohl der Miet- als auch der zwischen dem Investor und der Messegesellschaft abgeschlossene Grundstückskaufvertrag nichtig sind, die Koelnmesse GmbH insoweit einen Herausgabeanspruch gegen Wertausgleich gegenüber dem Investor hat. Bis zu dessen Realisierung zahlt die Koelnmesse GmbH einen monatlichen Zins auf einen geschätzten Verkehrswert. Im Hinblick auf die unterlassenen Mietzahlungen hat der Investor eine Urkundsklage gegen die Stadt Köln auf Zahlung der rückständigen Beträge erhoben. Einer Anregung des Vorsitzenden Richters folgend und um der Koelnmesse die rechtssichere Nutzung der Hallen zu ermöglichen, haben weitere Gespräche mit der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15 – 18 GbR stattgefunden. Es wurde Einvernehmen über den Abschluss einer Interimsvereinbarung erzielt, die der Koelnmesse GmbH gegen Zahlung einer Nutzungsentschädigung die Nutzung der Immobilie bis zum 30.06.2014 ermöglicht. Diese Vereinbarung ist am 07.06.2011 unterzeichnet worden. Das Landgericht Köln hat die Klage in seinem Urteil vom 30.08.2011 als „unstatthaft“ abgewiesen. Die Klägerin hat zwischenzeitlich gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Die gerichtliche Klärung der Angelegenheit wird fortgeführt.

Im Vorfeld der hilfsweise ausgesprochenen Kündigung des Mietvertrages mit der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15-18 GbR hat sich die Stadt Köln - eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln – gemäß der Vereinbarung mit der Koelnmesse GmbH vom 14.07.2010 verpflichtet, dass sie, sofern die von der Koelnmesse GmbH geltend gemachte Nichtigkeit des Grundstückskaufvertrages rechtlich durchgreift, den Grundbesitz, den die Koelnmesse GmbH von der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15-18 GbR damit rückerwirbt, von der Koelnmesse GmbH ankauft. Als Kaufpreis wird für den Grund und Boden der Preis angesetzt, den seinerzeit die GbR an die Koelnmesse GmbH gezahlt hat. Für die aufstehenden Gebäude wird der Betrag vereinbart, den die Koelnmesse GmbH gegenüber der GbR als Wertersatz im Zusammenhang mit der Rückgewähr des Grundstücks zu zahlen hat.

Ferner haben sich für diesen Fall beide Parteien verpflichtet, den zwischen der Stadt Köln und der Koelnmesse GmbH bestehenden Mietvertrag bei unveränderter Laufzeit hinsichtlich des Mietzinses anzupassen, sofern der derzeit vereinbarte Mietzins nicht dem marktüblichen Mietzins entspricht.

Soweit die Koelnmesse GmbH aufgrund der geltend gemachten Nichtigkeit zur Zahlung von Schadenersatz an die GbR verpflichtet ist, erstattet die Stadt Köln – Veranstaltungszentrum Köln – der Koelnmesse GmbH wegen der Einheitlichkeit des Gesamtgeschäftes den entsprechenden Betrag.

Gesamtwirtschaftliche Branchenrisiken

Konjunkturelle Entwicklungen der Gesamtwirtschaft können das Geschäft der Betriebsgesellschaften durch eine veränderte Nachfrage der Kunden beeinflussen und sich sowohl positiv als auch negativ auf das jeweilige Umsatz- und Unternehmensergebnis der Betriebsgesellschaft KölnKongress GmbH und KölnMusik GmbH sowie auf die Beteiligungsgesellschaft Koelnmesse GmbH auswirken. Von diesen Auswirkungen ist dann auch das Veranstaltungszentrum immer unmittelbar betroffen.

Liquiditätsrisiko

Auch wenn das Veranstaltungszentrum organisatorisch und finanziell als selbständiges Sondervermögen auf der Grundlage eines eigenen Wirtschaftsplans seine Geschäfte führt, wird seine Finanzierung über Mittel des städtischen Haushalts sichergestellt. Das Risiko einer Illiquidität ist daher als gering anzusehen.

Rechtliche Risiken

Trotz des Urteils des EuGH bezüglich der Auftragsvergabe zur Errichtung der Nordhallen sind aus heutiger Sicht keine existenziellen Risiken für die zukünftige Entwicklung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu erwarten. Zur Vermeidung von EU-beihilferechtlichen Risiken werden alle Beziehungen zu möglichen Empfängern von Ausgleichsleistungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse überprüft und soweit notwendig, rechtlich angepasst.

D. Prüfungsfeststellungen nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz im Rahmen der Vorjahresprüfung (01.01.2007 – 31.12.2007)

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG (ehemals: BFJM Bachem Fervers Janßen Mehrhoff GmbH, Köln) hat auf der Grundlage des unter Zustimmung der Prüfungsanstalt NRW von der Betriebsleitung am 08.10.2009 erteilten Prüfungsauftrages den Jahresabschluss 2007 des Veranstaltungszentrums Köln geprüft. Der Prüfungsauftrag umfasste nach § 106 Absatz 1 GO NRW in entsprechender Anwendung des § 53 Absatz 1 Nummern 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die nach Auffassung des Prüfers für die Beurteilung der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

E. Nachtragsbericht

Mit Ausnahme der Unter Punkt C. dargelegten Entscheidung des EuGH zum Bau der neuen Messehallen haben sich keine wesentlichen Vorgänge nach Abschluss des Geschäftsjahres ereignet.

F. Prognosebericht (Weitere Entwicklung)

In seiner Sitzung am 29.08.2006 hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, das Objekt Flora aus dem allgemeinen Liegenschaftsvermögen in das Sondervermögen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln zu übertragen und einen Mietvertrag über die Flora zwischen dem Veranstaltungszentrum und der KölnKongress GmbH abzuschließen.

Darüber hinaus hat der Rat der durch die Ausweitung des Unternehmensgegenstandes und der Umbenennung des Veranstaltungszentrums erforderlichen Änderung der Satzung zugestimmt.

In einem weiteren Beschluss hat der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 14.11.2006 die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit der KölnKongress GmbH den Wiederaufbau des im zweiten Weltkrieg zerstörten Kuppeldachs der Kölner Flora in gleicher Weise oder ähnlicher Anmutung im Rahmen der Generalsanierung zu prüfen.

Am 15.05.2007 hat der Rat dann zur Sicherung der termingerechten Fertigstellung die Durchführung der Arbeiten mit einem geschätzten Kostenvolumen von 14,6 Mio. Euro, einschließlich 19 % Mehrwertsteuer, durch einen Generalunternehmer genehmigt. Er hat sich dabei aber vorbehalten, auf der Basis einer noch zu erstellenden Kostenberechnung, vor Auftragvergabe an einen Generalunternehmer einen endgültigen Baubeschluss zu fassen.

Auf der Grundlage der vom beauftragten Planungsbüro erstellten Kostenschätzung für die Sanierung und einer Wirtschaftlichkeitsberechnung der unterschiedlichen Varianten - Errichtung der Flora mit oder ohne historischem Tonnendach - für den zukünftigen Betrieb der Flora hat der Rat am 25.09.2008 die Kostenberechnung für die Generalsanierung der Flora-Gaststätte und Wiederherstellung des historischen Tonnendaches in der vor seiner Zerstörung im 2. Weltkrieg bestehenden äußeren Form in Höhe von 21,9 Mio. Euro genehmigt und die Verwaltung mit der Erstellung einer Generalunternehmerausschreibung sowie deren Submission beauftragt. Für die Generalsanierung Flora wurde das Gesamtbudget auf maximal 22 Mio. Euro einschließlich MwSt. und Nebenkosten limitiert.

In seiner Sitzung am 09.02.2009 hat der Betriebsausschuss der Durchführung der Generalunternehmerausschreibung zur Generalinstandsetzung und dem Teilneubau der Flora sowie deren Submission zugestimmt.

Da bei zwei durchgeführten Generalunternehmerausschreibungen kein Ergebnis im Rahmen des Budgets erzielt wurde hat der Rat mit Beschluss vom 07.10.2010 einer gewerkeweisen Durchführung der Ausschreibung sowie der Submission der Angebote zugestimmt und abweichend von seinem Beschluss vom 25.09.2008 das Gesamtbudget auf max. 27,0 Mio. Euro inkl. MwSt festgelegt.

Bisher wurden 70% der Gewerke ausgeschrieben. Dabei konnten für die Leistungsbereiche Dachdecker, Metallbau Fassade, Metallbau Innen und Fliesen- und Plattenarbeiten keine wirtschaftlichen Ergebnisse erzielt werden. Insgesamt lagen die Angebotssummen inkl. MwSt um rd. 8,9 Mio. Euro über den geschätzten Kosten. Für die genannten Gewerke wurden dem Markt nun Ausschreibungen in veränderter Form zugeführt, so dass Angebote im Rahmen der Kostenberechnung erwartet werden. Um die Bindefristen der bereits abgeschlossenen, erfolgreichen Ausschreibungen mit einem Gesamtvolumen von rd. 13,9 Mio. Euro nicht zu gefährden, wurde die Angelegenheit dem Rat erneut zur Entscheidung vorgelegt. Der Rat hat mit Beschluss vom 14.07.2011 die vorliegenden Ergebnisse des Ausschreibungspaketes zur Durchführung der Erdarbeiten, Abriss-, Beton- und Stahlbetonarbeiten mit dem Auftragsvolumen von rd. 13,9 Mio. Euro akzeptiert und die Aufträge erteilt. Er hat ferner die Aufhebung bzw. veränderte Neuausschreibung der o.g. vier

Gewerke zur Kenntnis genommen und verlangt, dass über die weitere Kostenentwicklung dem Betriebsausschuss fortlaufend berichtet wird.

Da die Flora zum Sondervermögen des Veranstaltungszentrums gehört, soll die Finanzierung der Generalsanierung der Flora kreditweise durch das Veranstaltungszentrum Köln erfolgen. Die hieraus resultierenden zusätzlichen Belastungen aus dem Schuldendienst kann die eigenbetriebsähnliche Einrichtung aber - angesichts der weiter oben dargestellten finanziellen und wirtschaftlichen Situation - ohne entsprechende Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt nicht tragen. Während die Wirtschaftspläne des Veranstaltungszentrums für die Geschäftsjahre 2007 und 2008 vorerst nur Mittel für Planungsarbeiten für die Generalsanierung der Flora vorsahen, war im Wirtschaftsplan 2009 bereits eine Schuldendiensthilfe der Stadt in Höhe von 115 Tsd. Euro eingeplant. Aufgrund der oben beschriebenen Ausschreibungsproblematik, die zu einer erheblichen Verzögerung des Projektes führte, wird die Schuldendiensthilfe der Stadt erst in 2011 in Anspruch genommen werden müssen.

Der **Wirtschaftsplan 2009** des Veranstaltungszentrums wurde vom Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 26.03.2009 nach Vorberatung im Betriebsausschuss am 23.03.2009 festgestellt. Im Erfolgsplan wies er einen Jahresfehlbetrag von rd. 5.428 Tsd. Euro aus; der Mittelbedarf für die in den drei Betriebsteilen Gürzenich, Kölner Philharmonie und Rheinterrassen/Tanzbrunnen vorgesehenen Investitionen belief sich insgesamt auf lediglich rd. 1.650 Tsd. Euro. Für das Objekt Flora sah der Vermögensplan Mittel für die in 2009 ursprünglich geplanten Rohbauarbeiten in Höhe von 6.600 Tsd. Euro vor. Daneben berücksichtigte er auf der Ausgabenseite weitere 5.428 Tsd. Euro für die Abdeckung des o.g. Jahresverlustes sowie 2.300 Tsd. Euro für die Tilgung von Darlehen. Neukreditaufnahmen waren für 2009 in einer Größenordnung von 10.000 Tsd. Euro vorgesehen.

Das Ergebnis des Erfolgsplans berücksichtigt - als durchlaufenden Posten sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite - den seit dem Jahre 2005 wieder aus dem städtischen Haushalt bereitgestellten und über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung an die Köln-Musik GmbH weitergeleiteten Betriebskostenzuschuss von 4.835 Tsd. Euro. Des Weiteren beinhaltet er auch einen direkten Zuschuss der Stadt Köln an das Veranstaltungszentrum in Höhe von 2.500 Tsd. Euro.

Auch in den Folgejahren wird das Veranstaltungszentrum aller Voraussicht nach Jahresfehlbeträge erzielen. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist dauerhaft auf die Subventionierung durch den städtischen Haushalt angewiesen.

Das Geschäftsjahr 2009 der **KölnKongress GmbH** schließt vor Verlustübernahme durch das Veranstaltungszentrum Köln ab mit einem Jahresfehlbetrag von 463 Tsd. Euro. Verglichen mit dem Vorjahresüberschuss vor Ergebnisabführung von 59 Tsd. Euro bedeutet dies eine Ergebnisreduzierung um 522 Tsd. Euro. Bezogen auf den im Wirtschaftsplan 2009 veranschlagten Planverlust von 638 Tsd. Euro ergibt sich hingegen ein um 175 Tsd. Euro günstigeres Jahresergebnis.

Die negative Ergebnisentwicklung ist im Wesentlichen auf die um 535 Tsd. Euro gesunkenen Umsatzerlöse durch die Schließung der Flora sowie fehlender Vermarktungskapazitäten im Congress-Centrum aufgrund der hohen Eigenbelegung durch die Koelnmesse GmbH zurückzuführen. Ein Erlösanstieg konnte durch die leicht gestiegene Zahl der Veranstaltungen (+2,9%) und der Besucher (+7,8%) allein im Bereich der Eintrittsgelder verzeichnet werden (+90 Tsd. Euro). Dem Rückgang der Umsatzerlöse stehen unterproportionale Einsparungen - insbesondere bedingt durch die um 136 Tsd. Euro gestiegenen Kosten für die Rahmengestaltung - bei den veranstaltungsbezogenen Aufwendungen gegenüber. Dementsprechend reduzierte sich der Rohertrag um 219 Tsd. Euro auf 3.082 Tsd. Euro. Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich durch den Wegfall der im Vorjahr erhaltenen Ausgleichszahlungen für Reparaturen am Gürzenich um 79 Tsd. Euro. Darüber hinaus erhöhten sich die

betrieblichen Aufwendungen um 147 Tsd. Euro, so dass sich ein Betriebsergebnis in Höhe von -411 Tsd. Euro (Vj.: 34 Tsd. Euro) ergibt.

Aufgrund des Liquiditätsabbaus verschlechterte sich das Finanzergebnis auf -2 Tsd. Euro (Vj.: 17 Tsd. Euro). Auch das periodenfremde Ergebnis schloss mit -50 Tsd. Euro negativ ab, was in erster Linie auf Steuernachzahlungen sowie weitere sonstige Aufwendungen betreffend im Wesentlichen das Warenwirtschaftssystem und Mietabrechnungen zurückzuführen ist.

Der Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 463 Tsd. Euro wurde mit 29 Tsd. Euro durch Entnahme aus der Gewinnrücklage und mit 434 Tsd. Euro durch Verlustübernahme des Veranstaltungszentrums ausgeglichen.

Die **KölnMusik GmbH** hat das Geschäftsjahr 2009 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.655 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.950 Tsd. Euro) abgeschlossen, so dass der im Wirtschaftsplan 2009 veranschlagte Jahresfehlbetrag von 4.983 Tsd. Euro um 328 Tsd. Euro oder 6,6 % unterschritten wurde.

In der Erfolgsrechnung der KölnMusik GmbH stehen den im Vergleich zum Vorjahr mit insgesamt 8.961 Tsd. Euro (Vorjahr: 8.963 Tsd. Euro) nahezu unveränderten Erträgen um 703 Tsd. Euro (+5,4 %) auf 13.616 Tsd. Euro gestiegene Aufwendungen gegenüber. Damit hat sich das Ergebnis der KölnMusik GmbH im Vorjahresvergleich um 705 Tsd. Euro verschlechtert.

Ursächlich für diese Entwicklung war trotz einer höheren Gesamtleistung (215 Tsd. Euro) der überproportionale Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen (413 Tsd. Euro) und der Betriebsaufwendungen (273 Tsd. Euro). An der Zunahme der Betriebsaufwendungen waren mit Ausnahme der planmäßigen Abschreibungen (-26 Tsd. Euro) alle übrigen Aufwendungen beteiligt. Vor allem waren - bei einem gegenüber dem Vorjahr mit 58 Mitarbeitern unveränderten Stammpersonalbestand - der Personalaufwand mit einer Steigerung um 120 Tsd. Euro sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen - und hier insbesondere wiederum die Vertriebs- und Verwaltungsaufwendungen - mit einem Anstieg um 118 Tsd. Euro für diese Entwicklung maßgeblich. Die Verschlechterung des Finanzergebnisses in Höhe von 79 Tsd. Euro (Vorjahr: 225 Tsd. Euro) ist vor allem dadurch bedingt, dass im Berichtsjahr keine Zinserträge aus Wertpapieren (Vorjahr: 49 Tsd. Euro) und verminderte Zinserträge bei laufenden Bankkonten (-80 Tsd. Euro) angefallen sind.

Entsprechend der vom Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 13.02.2007 beschlossenen Betriebskostenzuschüsse an die KölnMusik GmbH für den Zeitraum 2007 bis 2010 hat die Stadt Köln unterjährig den für das Jahr 2009 festgesetzten Zuschuss in Höhe von 4.835 Tsd. Euro an die KölnMusik GmbH gezahlt. Hieraus resultiert eine Überzahlung in Höhe von 180 Tsd. Euro, die lt. Beschluss der Gesellschafterversammlung der KölnMusik GmbH vom 30.06.2010 in der Gesellschaft verbleiben und zur Durchführung und Finanzierung des Festivals der MusikTriennale Köln GmbH in 2011 verwendet werden soll, sofern der Rat der Stadt Köln die Durchführung eines jährlichen Festivals beschließt. Ein Beschluss des Rates zur Durchführung des jährlichen Festivals 2012 – inkl. dessen Finanzierung – wurde in der Sitzung am 24.11.2011 gefasst. Die Entscheidung über eine dauerhafte Implementierung des Festivals soll im Rahmen der Beratung des Haushaltsplans 2012 getroffen werden.

Wie bereits in den Vorjahren wurden die Mittel für den Zuschuss an die KölnMusik GmbH, wie oben bereits ausgeführt, aus dem allgemeinen städtischen Haushalt bereitgestellt und über das Veranstaltungszentrum an die Gesellschaft weitergeleitet, wodurch sich für das Veranstaltungszentrum keine wirtschaftliche und finanzielle Belastung ergab.

Das Geschäftsjahr 2009 hat die **Koelnmesse GmbH** mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.133 Tsd. Euro abgeschlossen. Bezogen auf den Vorjahresverlust von 11.313 Tsd. Euro ergibt sich eine Verschlechterung des Jahresergebnisses um 8.820 Tsd. Euro. Im Wirtschaftsplan 2009 (Stand November 2008) war ein Verlust von 15.305 Tsd. Euro veranschlagt. Damit wurde bezogen auf diese Prognose ein um 4.828 Tsd. Euro schlechteres Jahresergebnis erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung des bestehenden Verlustvortrages aus Vorjahren von 11.356 Tsd. Euro beläuft sich der Bilanzverlust des Geschäftsjahres 2009 der Koelnmesse GmbH auf 31.489 Tsd. Euro.

Der Abschlussprüfer der Koelnmesse weist in seinem Prüfbericht 2009 darauf hin, dass das Jahresergebnis der Koelnmesse GmbH von Sondereinflüssen in Höhe von rd. 6,2 Mio. Euro belastet wurde. So mussten Rückstellungen für Steuernachzahlungen aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Betriebsprüfung in Höhe von rd. 4,9 Mio. Euro und für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von 1,3 Mio. Euro gebildet werden. Von diesen Sondereinflüssen bereinigt hätte sich ein Jahresfehlbetrag von 13,9 Mio. Euro ergeben

Maßgeblich für das negative Ergebnis sind nach Aussage des Abschlussprüfers in der Hauptsache die seit 2007 zu zahlenden Mieten für die Nordhallen und das Congress-Centrum-Nord in Höhe von 26.500 Tsd. Euro sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise, welche bei einigen Messen zu sinkenden Flächen-, Aussteller- und Besucherzahlen führte. Auch für die kommenden Jahre werden hieraus deutlich negative Ergebnisse mit entsprechenden Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der Koelnmesse erwartet. Zur Sicherung der Liquidität wurde daher im Juni 2010 mit der Gesellschafterin Stadt Köln eine Cashpooling-Vereinbarung abgeschlossen, die mittelfristig eine darlehensweise Aufnahme von liquiden Mitteln über den Haushalt der Stadt Köln ermöglicht. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln wird von dem gemeinsamen Cashpooling zwischen der Stadt Köln und der Koelnmesse GmbH nicht berührt. Zur langfristigen Sicherstellung der Liquidität werden derzeit weitergehende Maßnahmen der Gesellschafter geprüft.

Köln, 15. Dezember 2011


Gabriele C. Klug
Erste Betriebsleiterin


Hans Dieter Körber
Geschäftsführender Betriebsleiter